Verordnung des EFD über die Behandlung von Gesuchen um Erlass der direkten Bundessteuer

(Steuererlassverordnung)

vom ...

Das Eidgenössische Finanzdepartement,

gestützt auf Artikel 167f des Bundesgesetzes vom 14. Dezember 1990¹ über die direkte Bundessteuer (DBG),

verordnet:

1. Abschnitt: Gegenstand

Art. 1

Diese Verordnung umschreibt die Voraussetzungen für den Steuererlass, die Gründe für dessen Ablehnung sowie das Erlassverfahren näher.

2. Abschnitt:

Voraussetzungen und Ablehnungsgründe

Art. 2 Notlagen bei natürlichen Personen

¹ Eine Notlage (Art. 167 Abs. 1 DBG) einer natürlichen Person liegt vor, wenn:

- a. die finanziellen Mittel der Person zur Bestreitung des betriebsrechtlichen Existenzminimums nicht ausreichen; oder
- b. der ganze geschuldete Betrag in einem Missverhältnis zur finanziellen Leistungsfähigkeit der Person steht.

² Ein Missverhältnis zur finanziellen Leistungsfähigkeit ist insbesondere dann gegeben, wenn die Steuerschuld trotz Einschränkung der Lebenshaltungskosten auf das betriebsrechtliche Existenzminimum nicht in absehbarer Zeit vollumfänglich beglichen werden kann.

AS ...

¹ SR 642.11

Art. 3 Ursachen für eine Notlage bei natürlichen Personen

¹ Als Ursachen, die zu einer Notlage einer natürlichen Person führen, werden insbesondere anerkannt:

- a. eine wesentliche und andauernde Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Person ab der Steuerperiode, auf die sich das Erlassgesuch bezieht, aufgrund:
 1. aussergewöhnlicher Belastungen durch den Unterhalt der Familie oder Unterhaltspflichten,
 2. hoher Kosten infolge Krankheit, Unfall oder Pflege, die nicht von Dritten getragen werden, oder
 3. längerer Arbeitslosigkeit;
- b. eine starke Überschuldung aufgrund ausserordentlicher Aufwendungen, die in den persönlichen Verhältnissen begründet sind und für die die Person nicht einzustehen hat;
- c. bei Selbstständigerwerbenden: erhebliche Geschäfts- und Kapitalverluste, wenn dadurch die wirtschaftliche Existenz der Person sowie Arbeitsplätze gefährdet sind.

² Bei Überschuldung infolge geschäftlicher Misserfolge, Bürgschaftsverpflichtungen, hoher Grundpfandschulden, Kleinkreditschulden aufgrund eines überhöhten Lebensstandards und dergleichen kann der Bund auf seine gesetzlichen Ansprüche verzichten, jedoch höchstens in demselben prozentualen Verhältnis, wie andere Gläubiger auf ihre Forderungen verzichten.

³ Einkommensausfälle und Aufwendungen, die bereits mit der Veranlagung oder der Steuerberechnung berücksichtigt wurden, werden nicht als Ursache anerkannt. Dies gilt insbesondere für übliche Schwankungen des Einkommens der steuerpflichtigen Person.

Art. 4 Notlage und deren Ursachen bei juristischen Personen

¹ Eine Notlage einer juristischen Person liegt insbesondere vor, wenn:

- a. diese Person sanierungsbedürftig ist;
- b. der ganze geschuldete Betrag in einem Missverhältnis zur finanziellen Leistungsfähigkeit der Person steht.

² Als Ursache für eine Notlage bei juristischen Personen gilt ein Kapitalverlust oder eine Überschuldung, wenn dadurch die wirtschaftliche Existenz der Person sowie Arbeitsplätze gefährdet sind. Der Bund kann nur dann einen Steuererlass gewähren, wenn auch die Anteilsinhaber Sanierungsleistungen erbringen und die Gläubiger mindestens in demselben prozentualen Verhältnis auf ihre Forderungen verzichten.

³ Ein Steuererlass wird abgelehnt, wenn die Sanierungsbedürftigkeit auf übermässige geldwerte Vorteile, insbesondere offene oder verdeckte Gewinnausschüttungen, zurückzuführen ist oder wenn die juristische Person nicht mit ausreichendem Eigenkapital ausgestattet war.

Art. 5 Anspruch auf Erlass

Sind die Voraussetzungen erfüllt und liegen keine Ablehnungsgründe vor, so hat die steuerpflichtige Person einen Rechtsanspruch auf Steuererlass.

3. Abschnitt: Erlassgesuch**Art. 6** Gegenstand

¹ Die steuerpflichtige Person kann ein Gesuch stellen um den Erlass von:

- a. Steuern, einschliesslich Nachsteuern;
- b. Verzugszinsen;
- c. Bussen wegen einer Übertretung.

² Die vom Gesuch betroffenen Steuern, Verzugszinsen und Bussen dürfen noch nicht gezahlt sein.

³ Auch nach der Zahlung möglich sind:

- a. Erlassgesuche in Quellensteuerfällen;
- b. Erlassgesuche, bei denen die Zahlung unter Vorbehalt erfolgt ist.

Art. 7 Inhalt

Die steuerpflichtige Person gibt in ihrem Gesuch (Art. 167c DBG) an, für welche Steuerjahre und welchen Betrag sie um Steuererlass ersucht.

Art. 8 Zeitpunkt der Einreichung

Ein Erlassgesuch kann erst gestellt werden, wenn die Veranlagung rechtskräftig geworden ist. Weder kann mit dem Gesuch die Revision der Veranlagung verlangt werden, noch ersetzt das Erlassverfahren das Rechtsmittelverfahren.

Art. 9 Einreichungsort und Eingangsbestätigung

¹ Das Erlassgesuch ist bei der zuständigen kantonalen Behörde einzureichen.

² Die Behörde bestätigt der gesuchstellenden Person den Eingang des Gesuchs.

Art. 10 Tod der gesuchstellenden Person

¹ Stirbt die Person, die ein Erlassgesuch gestellt hat, so wird ihr Gesuch gegenstandslos.

² Der einzelne Erbe oder die einzelne Erbin (Art. 12 DBG) kann ein Erlassgesuch stellen.

4. Abschnitt: Prüfung und Entscheid

Art. 11 Entscheidungsgrundlagen

¹ Die Erlassbehörde entscheidet über das Erlassgesuch nach pflichtgemäßem Ermessen aufgrund aller für die Beurteilung der Voraussetzungen und der Ablehnungsgründe wesentlichen Tatsachen.

² Sie würdigt dabei:

- a. die gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse der gesuchstellenden Person im Zeitpunkt des Entscheids;
- b. die Entwicklung ab der Steuerperiode, auf die sich das Gesuch bezieht;
- c. die wirtschaftlichen Aussichten der gesuchstellenden Person, sowie
- d. die von der gesuchstellenden Person getroffenen Massnahmen zur Verbesserung ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit.

³ Sie prüft, ob für die gesuchstellende Person Einschränkungen in der Lebenshaltung geboten und zumutbar sind oder gewesen wären. Einschränkungen gelten als zumutbar, wenn die Auslagen das betriebsrechtliche Existenzminimum übersteigen (Art. 93 des BG vom 11. April 1889² über Schuldbetreibung und Konkurs, SchKG).

Art. 12 Zahlung von Steuern während des Verfahrens

¹ Zahlt die gesuchstellende Person die vom Erlassgesuch betroffenen Steuern, Verzugszinsen oder Bussen ganz oder teilweise, während das Gesuch bei der Erlassbehörde hängig ist, so fragt diese die Person an, ob sie das Gesuch aufrechterhalte.

² Die Erlassbehörde kann inzwischen erfolgte Zahlungen in ihrem Entscheid berücksichtigen.

Art. 13 Zahlung von Steuern aus dem Vermögen

¹ Die Erlassbehörde prüft, wieweit die Zahlung der geschuldeten Steuer aus dem Vermögen zumutbar ist.

² Auf jeden Fall zumutbar ist die Zahlung aus dem Vermögen bei Steuern auf einmaligen Einkünften.

³ Als Vermögen gilt das zum Verkehrswert bewertete Reinvermögen. Nicht frei verfügbare Austrittsleistungen und Anwartschaften gemäss dem Freizügigkeitsgesetz vom 17. Dezember 1993³ gelten nicht als Vermögenselemente.

⁴ Handelt es sich beim Vermögen um einen unentbehrlichen Bestandteil der Altersvorsorge, so kann die Erlassbehörde in begründeten Ausnahmefällen:

- a. die Steuer ganz oder teilweise erlassen; oder

² SR 281.1

³ SR 831.42

- b. eine Stundung gewähren und die Sicherstellung der Steuerforderung verlangen.

Art. 14 Entscheid

¹ Die Gewährung des Steuererlasses kann an Bedingungen und Auflagen wie Abzahlungen oder die Leistung von Sicherheiten geknüpft werden.

² Die Steuerforderung geht nur unter, wenn:

- a. die Bedingungen und Auflagen nach Absatz 1 erfüllt werden;
- b. der Steuererlass nicht mittels Steuerhinterziehung oder einem Steuervergehen erwirkt wurde.

³ Kann den wirtschaftlichen Verhältnissen der gesuchstellenden Person mit Zahlungsverleichterungen (Art. 166 DBG) Rechnung getragen werden, so weist die Erlassbehörde das Gesuch ganz oder teilweise ab und empfiehlt der zuständigen kantonalen Behörde, eine Stundung zu gewähren oder Ratenzahlungen zu bewilligen.

⁴ Der Verzugszins auf einem nicht erlassenen Forderungsbetrag gilt als geschuldet, sofern nicht gegenteilig entschieden wird.

Art. 15 Zwangsvollstreckungs- und Liquidationsverfahren: Konkurs, gerichtlicher Nachlassvertrag, Liquidation

¹ Steht die gesuchstellende Person vor dem Abschluss eines gerichtlichen Nachlassvertrags oder droht ihr der Konkurs, so wird ihr Erlassgesuch abgelehnt. Die Erlassbehörde stundet der Person die Steuerforderungen, damit diese die Sanierung einleiten kann. Die Stundung wird so lange gewährt, bis Klarheit über die wirtschaftlichen Verhältnisse herrscht, jedoch nur in begründeten Ausnahmefällen länger als sechs Monate.

² Schliesst die gesuchstellende Person einen gerichtlichen Nachlassvertrag ab oder fällt sie in Konkurs, so richtet sich der Bestand der Steuerforderung nach den Bestimmungen des SchKG über den Nachlassvertrag oder den Konkurs. Das Erlassverfahren wird gegenstandslos.

³ Befindet sich die gesuchstellende Person in Liquidation, so wird ihr Gesuch abgelehnt.

Art. 16 Zwangsvollstreckungs- und Liquidationsverfahren: Aussergerichtlicher Nachlassvertrag und einvernehmliche private Schuldenbereinigung

Einem aussergerichtlichen Nachlassvertrag oder einer einvernehmlichen privaten Schuldenbereinigung kann die zuständige kantonale Behörde zustimmen, wenn die überwiegende Mehrheit der übrigen gleichrangigen Gläubiger ebenfalls zustimmt und

die von ihnen vertretenen Forderungen mindestens drei Viertel der gesamten Forderungen der 3. Klasse (Art. 219 SchKG⁴) ausmachen. Der nicht gedeckte Teil des Steuerbetrags gilt als erlassen.

Art. 17 Zwangsvollstreckungs- und Liquidationsverfahren: Rückkauf von Verlustscheinen

¹ Das Gesuch um Rückkauf eines Verlustscheines gilt als Erlassgesuch.

² In Verfahren um den Rückkauf von Verlustscheinen kann die zuständige kantonale Behörde in begründeten Ausnahmefällen von der Anwendung der Voraussetzungen für den Steuererlass absehen.

Art. 18 Verhältnis zum Steuerbezug

¹ Das Erlassverfahren ist unabhängig vom Verfahren um Steuerbezug.

² Verhindert oder verzögert die gesuchstellende Person durch ihr Verhalten die Behandlung des Erlassgesuchs, so wird der geschuldete Betrag nötigenfalls durch Zwangsvollstreckung bezogen.

Art. 19 Kosten

Bei einem offensichtlich unbegründeten Erlassgesuch (Art. 167d Abs. 3 zweiter Satz DBG) kann der gesuchstellenden Person eine Spruch- und Schreibgebühr nach Zeitaufwand auferlegt werden. Die Gebühr beträgt mindestens 50 Franken und höchstens 1000 Franken.

5. Abschnitt: Schlussbestimmungen

Art. 20 Aufhebung eines anderen Erlasses

Die Steuererlassverordnung vom 19. Dezember 1994⁵ wird aufgehoben.

Art. 21 Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 2016 in Kraft.

...

Eidgenössisches Finanzdepartement

Die Vorsteherin: Eveline Widmer-Schlumpf

⁴ SR 281.1

⁵ AS 1995 595, 2006 4181, 2009 2621